

Post von der Bundeswehr

Nachwuchswerbung in der Kritik

Infos

**Friedensbeauftragter
der Bremischen
Evangelischen Kirche**

Pastor Martin Warnecke

Telefon 0421/25 11 771

pastor.warnecke@kirche-bremen.de

Das Formular für die Datenübermittlungssperre zum Download unter www.bremen.de

Scan mich!



Formular für die Datenübermittlungssperre beim Stadtamt Bremen

Für Smartphone-Benutzer

www.kirche-bremen.de

Melanie K. war erstaunt, was sie da aus dem Briefkasten zog: Ihr erst 16-jähriger Sohn hatte Post von der Bundeswehr bekommen. „In dem Umschlag konnte nur Werbematerial der Armee enthalten sein. Björn wird dieses Jahr 17 und macht gerade seinen mittleren Schulabschluss“, erzählt die 44-Jährige. „Klar, dass die Streitkräfte nach Wegfall der Wehrpflicht intensiv werben, aber dem wollte ich meinen Sohn nicht ungeprüft aussetzen.“ Als Melanie K. den Umschlag öffnete, fiel sie aus allen Wolken: „Ich war stinksauer, dass im Anschreiben und in den Broschüren in den schillerndsten Farben die Karrierechancen bei der Bundeswehr geschildert wurden: Guter Verdienst, Aufstiegsmöglichkeiten, Führungsverantwortung, für einen 16-Jährigen verlockende Verdienstmöglichkeiten, die Möglichkeit, den Führerschein zu machen...“, zählt sie auf. „Das Soldat-Sein wurde als ganz normaler Beruf dargestellt. Dass mit nahezu hundertprozentiger Sicherheit Auslandseinsätze damit verbunden sind, bei denen mein Sohn Leib und Leben auf Spiel setzen müsste, wird mit keinem Wort erwähnt. Alles klingt wie ein großes Abenteuer, für das man sich frei entscheidet.“ Fakt ist: Wer sich bei der Armee verpflichtet, dem werden solche Einsätze befohlen. „Die tödlichen Risiken und die Tatsache, dass Soldaten dazu da sind, andere Menschen zu töten, werden in dem Rekrutierungsmaterial totgeschwiegen“, kritisiert Melanie K.

Datenübermittlung sperren lassen

„Ich war entsetzt, dass die Bundeswehr offenbar Zugang zu den Daten meines Sohnes hatte.“ Durch einen Anruf beim „Karriereberater“ erfuhr sie, dass die Bundeswehr ihr Werbematerial an ein Rechenzentrum gibt, das die Daten von der Meldebehörde bekommt und die Werbepost verschickt. Um das zu verhindern, müssen Eltern für ihre minderjährigen Kinder eine Datenübermittlungssperre beim Stadtamt beantragen. So, wie man sich gegen die Zusendung von Parteienwerbung wehren kann, besteht nach Wegfall der Wehrpflicht nun auch die Möglichkeit, die Übermittlung von Daten an die Streitkräfte auszuschließen. „Diese Sperre habe ich gleich beantragt, denn ich möchte mit meinem pu-

bertierenden Sohn, dem Selbständigkeit und finanzielle Unabhängigkeit momentan über alles gehen, nicht diskutieren, ob eine Bundeswehrkarriere eine Option für ihn ist. Dafür habe ich ihn nicht großgezogen.“

Die meisten Eltern wissen nichts von der Möglichkeit einer Datenübermittlungssperre. „Deshalb kommt die Bundeswehr-Werbung viermal pro Jahr fast flächendeckend ins Haus“, berichtet Pastor Martin Warnecke, Friedensbeauftragter der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK). Für ihn sind die Infos „propagandistische Augenwischerei“, für die die Bundeswehr aus Steuermitteln großen Aufwand betreibt. „Außerdem kommen geschulte Ausbildungsoffiziere in Schulen, es gibt eigens von der Bundeswehr entwickelte Hochglanz-Unterrichtsmaterialien. Zivile Freiwilligendienste haben keine Finanzen und Kapazitäten, um so gezielt für sich zu werben“, kritisiert Warnecke. „Wir als Kirche setzen uns für eine aktive Friedenserziehung und eine kritische politische Bildung in den Schulen ein, die über das Militär aufklärt. Das ist eben nicht nur der Umgang mit faszinierender Technik und eine schicke Uniform, sondern es geht um das Töten von Menschen.“

„Nicht auf die Werbung hereinfallen“

„Berufschancen bei der Bundeswehr“ (Eigenwerbung) bedeuten zwangsläufig Auslandseinsätze, denn diese „gehören aktuell zu den wichtigsten Aufgaben der Bundeswehr“. Da es für jeden Tag in Afghanistan 110 Euro Zuschlag zum Grundsold gibt, reizt dieser Beruf vor allem Schüler mit niedrigem oder schlechtem Abschluss. „Weil sie am Ausbildungsmarkt schlechte Chancen haben, fallen sie besonders leicht auf die Werbung der Bundeswehr herein“, so Martin Warnecke. „Zunehmend wird die Bundeswehr eine Unterschichtenarmee“, kritisiert auch der Historiker Michael Wolffsohn. Inzwischen gehen vor allem junge Männer aus Ostdeutschland zum Bund, um der Perspektivlosigkeit zu entfliehen. Das hat der Grünen-Politiker Peter Hettlich ermittelt. So starb ein ostdeutscher Bundeswehr-Soldat in Kundus, über den seine Freunde erzählten, er sei zur Bundeswehr gegangen, weil er sonst keinen Job fand. Schlagzeilen wie „Ossis als Kanonenfutter“ oder „Arbeitslos oder Afgha-

nistan“ kann man inzwischen immer öfter lesen. Deshalb findet auch Martin Warnecke die „manipulative Nachwuchswerbung“ gefährlich. „Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen, weil sie dort eben nicht sachlich und ausgewogen informiert.“

Bundeswehr in der Schule

Laut Bremer Bildungsbehörde entscheidet jede Schule selbst über Informationsveranstaltungen der Bundeswehr und deren Modalitäten (freiwillige Teilnahme, Information der Eltern etc.). Zahlen, wie viele Bundeswehrveranstaltungen an Schulen in Bremen stattfinden, hat die Behörde nicht. Man erwarte von den Schulen aber, dass derartige Maßnahmen den Schülerinnen und Schülern „individuell angemessene Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen, die den allgemeinen Menschenrechten und den in Grundgesetz und in der Landesverfassung formulierten Werten Rechnung tragen“, so Karla Götz, Sprecherin von Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper. Ferner seien die Lehrkräfte dazu „verpflichtet, eine ausgewogene, nicht manipulative Information der Schülerinnen und Schüler auch im Hinblick auf Friedensbildung sicherzustellen.“ Wie genau das vor sich gehen soll, wenn gleichzeitig rhetorische geschickte Ausbildungsoffiziere eine Präsentationsfläche bekommen, bleibt unklar. Ob auch zivile Dienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder der neue Bundesfreiwilligendienst, andere Dienste im Ausland wie z.B. bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in der Schule vorkommen, darüber gibt es keine Angaben.

„Ich weiß von Jugendlichen, dass nur die Bundeswehr im Unterricht aktiv ist. Das wollen wir als Kirche ändern“, sagt Martin Warnecke. Deshalb hat die Bremische Evangelische Kirche (BEK) kürzlich die Weichen für ein Projekt zur Friedensbildung in den Schulen gestellt. „Schon heute gibt es das Angebot, dass auch wir in die Schulen kommen und mit den Schülern kritisch über die Bundeswehr und ihre Aufgaben diskutieren.“ Ein Anruf beim Friedensbeauftragten der BEK genügt.

Text/Foto: Matthias Dembski